



PRESSEBERICHT

MARITIME HOUSE
OLD TOWN
CLAPHAM
LONDON, S.W.4

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SPANISCH UND SCHWEDISCH
NACHDRUCK UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.) GESTATTET

Nr. 2

24. Januar 1961

Auf die Wiedergabe verlässlicher Informationen wird sorgfältig geachtet, doch können wir nur die Verantwortung für die Genauigkeit von Berichten übernehmen, die sich auf die Tätigkeit der ITF und ihrer Mitgliedsorganisationen beziehen; sonstige im Pressebericht erscheinende Mitteilungen stellen nicht unbedingt die Meinung der ITF dar.

I. T. F.

Ausschussitzung der Eisenbahnersektion in Athen

9. - 13. Januar 1961 statt. Im Anhang zu diesem Pressebericht bringen wir einen Bericht darüber.

(ITF) Eine erweiterte Sitzung des Sektionsausschusses der Eisenbahner fand in Athen vom

Hilfe der ITF-Mitgliedsverbände an die belgischen Kollegen

Regierung fortführten, haben Gewerkschafter aus vielen Ländern Solidaritätsbotschaften und Angebote auf finanzielle Unterstützung gesandt. Gewerkschaftsbünde sowie einzelne Gewerkschaften haben finanzielle Hilfe gewährt. Die der ITF angeschlossenen Transportarbeiterverbände haben die grösste Bereitschaft gezeigt, das Los der Streikenden und ihrer Familien erleichtern zu helfen, und sie haben bisher allein £47.500 an zinsfreien Darlehen und Zuwendungen gewährt, wodurch sie einen praktischen Beweis ihrer Hilfsbereitschaft den belgischen Kollegen gegenüber erbracht haben.

(ITF) Während die belgischen Arbeiter ihren Proteststreik gegen das neue Einsparungsgesetz

Durch den Streik wurde die belgische Regierung jedenfalls gezwungen, das Ausmass des Widerstandes gegen dieses Gesetz, durch das die soziale Sicherheit der Arbeiter erheblich beeinträchtigt wird, anzuerkennen. Die Gefühle der Gewerkschafter über die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit sind leicht verständlich, und man kann nur hoffen, dass die Regierung aus ihrer Erfahrung mit dieser unglücklichen Lage ihre Schlüsse ziehen wird.

EISENBAHNEN

U.S.A. Gewerkschaften widersetzen sich weiteren Verschmelzungen von US-Eisenbahngesellschaften

zukünftigen Verschmelzungsversuche werden, bis diese Verfahren gründlich untersucht und Sicherheitsmassnahmen dagegen getroffen worden sind.

(ITF) Die der ITF angeschlossene Vereinigung amerikanischer Eisenbahnerverbände (RLBA) hat bekanntgegeben, dass sich 23 Eisenbahnerverbände gegen alle

Der RLEA-Bericht gibt als Grund für diese Haltung an, dass nach ihrer Meinung das öffentliche Interesse bei den augenblicklichen Vorschlägen für die Verschmelzung verschiedener Eisenbahngesellschaften nicht berücksichtigt wird und fährt fort: "Während die Eisenbahngesellschaften propagieren, dass die von Verschmelzungen herrührende "grössere Leistungsfähigkeit" besseren Dienst und niedrige Kosten für die Verloader bedeuten würde, hat die bisherige Erfahrung mit Verschmelzungen das genaue Gegenteil gezeigt."

Die vorgeschlagenen Verschmelzungen hätten eine geringere Konkurrenz und eine verstärkte Monopolstellung der Industrie zur Folge. "Daraus ergäbe sich ein Verlust an der Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnverkehrs und eine allgemeine Verringerung des Eisenbahndienstes sowie der Arbeitsverlust für viele Tausende von Eisenbahnern."

Weiterhin führte die RLEA zu diesem Punkt aus, dass möglicherweise die Verschmelzung von neukonsolidierten Linien in ein oder zwei grosse Regionalsysteme für jedes Gebiet des Landes eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Eisenbahner um 25 % oder von 200.000 auf 600.000 hervorrufen würde. "Diese Beschäftigungsverluste sind erheblich, aber nicht so beträchtlich wie der Verlust, den die Nation durch die Entlassung dieser ausgebildeten Arbeiter aus diesem wirtschaftlichsten Verkehrszweig erleiden würde."

STRASSENGÜTER- UND PERSONENVERKEHR

ITALIEN
Italienische Regierung ratifiziert Konvention über Strassen-transport

der Strasse ratifiziert.

(ITF) Durch ein im vergangenen Monat angenommenes Gesetz hat die italienische Regierung jetzt die Konvention über die internationale Güterbeförderung auf

SCHWEDEN
Werden die Strassenbahner streiken?

Streik betroffen werden, zu dem der schwedische Gemeindearbeiterverband wegen Abbruchs der Verhandlungen über Forderungen der Gewerkschaft auf höhere Löhne aufgerufen hat. Der schwedische Gewerkschaftsbund hatte bereits seine Einwilligung zu diesem Streik erteilt, obwohl neue Schlichtungsverhandlungen bereits festgelegt worden waren.

(ITF) Unter anderem wird das Strassenbahnpersonal von Stockholm und Göteborg durch einen auf den 18. Januar angedrohten

Insgesamt würden mehr als 6.000 Arbeiter in zehn schwedischen Städten an diesem Streik teilnehmen. Davon würden zusätzlich zu den Strassenbahnern auch auf verschiedenen Posten im Hafen oder auf den Fähren beschäftigte Arbeiter sowie Personal der Gasindustrie betroffen.

Für die Strassenbahner und -bahnerinnen fordert die Gewerkschaft Erhöhungen zwischen 16 und 21 %, um damit die Löhne denen von beim Staat angestellten Arbeitern, die ähnliche Arbeiten verrichten, anzugleichen.

HAFENWIRTSCHAFT

MALTA
Neuer Vertrag regelt Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Beziehungen

Vertrag über deren Beziehungen zueinander unterzeichnet worden.

(ITF) von der Hafendarbeiterabteilung des maltesischen allgemeinen Arbeiterverbandes und der Arbeitgebervereinigung ist ein

Durch den Vertrag soll die grösstmögliche Zusammenarbeit sichergestellt werden (während beide weiterhin dem Interessenschutz ihrer respektiven Mitglieder widmen), und zwar die Vermeidung und Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten.

Beide Partner haben in diesem Zusammenhang die folgenden Prinzipien angenommen:

- a) Wenn in irgendeiner Firma eine Gewerkschaftsorganisation der Arbeitnehmer gegründet worden ist, muss der Arbeitgeber davon zusammen mit den Namen der ernannten Funktionäre in Kenntnis gesetzt werden. Dem Gewerkschaftsvertrauensmann und den Gewerkschaftsvertretern soll die Möglichkeit gewährt werden, bei der Betriebsleitung inbezug auf Lohnforderungen und Vertretungen vorstellig zu werden.
- b) Gewerkschaftliche Aktionen durch Mitglieder sollen einzig darauf beschränkt werden, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu erreichen und allgemein als Gewerkschaftsrechte und -prinzipien anerkannte Tätigkeiten zu fördern.
- c) Es ist wünschenswert, dass - bevor Forderungen auf erhöhte Löhne oder Änderungen der Arbeitsbedingungen, die sich auf Arbeitgeber im allgemeinen, oder Gruppen von Arbeitgebern oder Industrien auswirken würden, in Betracht gezogen werden - die Arbeitgebervereinigung vor Unterbreitung solcher Forderungen zu Rate gezogen wird.
- d) Wenn möglich soll auf Streiks und Aussperrungen nicht zurückgegriffen werden, bevor die bestehenden Verhandlungs- und Schiedsgerichtsmethoden erschöpft sind.
- e) Die Arbeitgebervereinigung wird mit der Gewerkschaft zur Erreichung von guten Löhnen und Arbeitsbedingungen zusammenarbeiten. Die Vereinigung wird ihre Mitglieder dazu ermutigen, gute Beziehungen zu den Gewerkschaften herzustellen.

SEESCHIFFFAHRT

INTERNATIONAL
Neues Mitglied der IMCO

(ITF) Anfang dieses Monats wurde bekanntgegeben, dass die Regierung von Kambodscha jetzt die

IMCO-Konvention angenommen hat und so das 44. Mitglied dieser Organisation wird.

Libanon kritisiert arabischen
Boykott von Schiffen

(ITF) Während einer Kabinettsitzung übte der libanesische Finanzminister scharfe Kritik an dem

arabischen Boykott von israelischen Schiffen. Er führte unter anderem aus, "dass der Boykott von Schiffen auf der "schwarzen Liste" der arabischen Industrie grösseren Schäden beifüge als der israelischen."

Der Minister machte diese Feststellung während einer Besprechung über einen Vorfall im Zusammenhang mit dem norwegischen Frachter "Mars", der eine Ladung von Saatkartoffeln für den Libanon an Bord hatte, aber in Beirut nicht entladen konnte, da er wegen früherer Fahrten nach Israel auf der arabischen "schwarzen Liste" stand. Als allerdings das Schiff mit seiner Ladung nach Alexandria fuhr - sie enthielt ausserdem eine Sendung von Saatkartoffeln für die Vereinigte Arabische Republik - wurde es von der "schwarzen Liste" gestrichen und konnte normal entladen. Diese Diskriminierung hat in der libanesischen Presse zu viel Kritik Anlass gegeben.

SKANDINAVIEN
Gemeinsamer Arbeitsmarkt für
skandinavische Seeleute

(ITF) Während einer zweitägigen Sitzung des Nordischen Ausschusses für Sozialangelegenheiten in Oslo, die im Dezember stattfand, wurden

die Probleme im Zusammenhang mit der Gründung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes für Seeleute der skandinavischen Länder (einschl. Finnland) diskutiert.

Dieser Sitzung ging eine Konferenz der skandinavischen Seeleutegewerkschaften voraus (fast alle gehören der ITF an), die auch die auf der Tagesordnung des Sozialausschusses stehenden Punkte besprach.

Das Hauptthema der Ausschusssitzung war die Möglichkeit, übereinstimmende See- und Sozialgesetze für alle Seeleute der vier nordischen Länder zu erreichen. Obwohl gegenwärtig die Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern nicht sehr voneinander abweicht, bestehen doch genügend Unterschiede, um eine Änderung im Falle der Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes notwendig zu machen.

Man stimmte überein, dass solch ein gemeinsamer Arbeitsmarkt für alle Seeleute ausser Schiffskapitäne gelten soll. Diese sollten nach Ansicht der Sitzung vom Eintragsland kommen.

Ein endgültiges Uebereinkommen hängt von der inter-skandinavischen Anerkennung von Offizierspatenten, gemeinsamer Regelung der Offiziersausbildung, Verträgen darüber, welche Gruppen als Offiziere eingereicht werden sollen und übereinstimmenden Anstellungsregeln ab.

U.S.A.
Stellungnahmen der Gewerkschaften
gegen Panlibhon-Schiffe

(ITF) Der der ITF angeschlossene Landesverband der Seeleute (NMU) und die ebenfalls angeschlossene Seeleutegewerkschaft (SIU) haben

dem Landesgremium für Arbeitsbeziehungen schriftliche Stellungnahmen unterbreitet, in denen sie es dringend ersuchen, bei Streitigkeiten mit amerikanischen Schiffen unter Schattenflaggen zu intervenieren.

Diese Stellungnahmen sind die Antwort auf die Argumente der Amerikanischen Rechtsabteilung dem Landesgremium für Arbeitsbeziehungen gegenüber, dass diese Schiffe nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gremiums gehören. Die Gewerkschaften sind allerdings der Ansicht, dass Panlibhon-Schiffe unter die amerikanische Gesetzgebung fallen, da a) ihre Geschäfte in Amerika abgewickelt werden; b) ihre Besatzungen in den Vereinigten Staaten angeheuert und abgemustert und in amerikanischen Dollars bezahlt werden; c) im Gegensatz zu den Angaben der Rechtsabteilung kann die Regierung nicht auf die Verfügbarkeit von Panlibhonschiffen in Kriegszeiten vertrauen, da eine wirkliche Kontrolle nur in dem Land möglich ist, dessen Flagge das Schiff führt; und d) wird die Eintragung unter ausländischen Flaggen von den Reedern nur benutzt, um ihren Verantwortungen gegenüber den amerikanischen Seeleuten zu entgehen.

Diese Frage der Zuständigkeit ist vom Landesgremium für Arbeitsbeziehungen seit Mai 1960 untersucht worden.

ZIVILLUFTFAHRT

SKANDINAVIEN
Verhandlungen über Pensionen
abgebrochen

(ITF) Die Verhandlungen der skandinavischen Vereinigung des fliegenden Personals (Piloten und Navigatoren) mit der SAS über

eine neue Pensionsregelung für fliegendes Personal sind abgebrochen worden. Die Vereinigung will die Pensionen ihrer Mitglieder auf die gleiche Grundlage stellen wie die durch Verhandlungen der Gewerkschaften in Schweden erreichten Sätze. Ein Sprecher für die Vereinigung gab bekannt, dass diese Angelegenheit auf der nächsten Sitzung ihrer Exekutive behandelt werden würde. Er wies ausserdem darauf hin, dass der augenblickliche Kollektivvertrag für fliegendes Personal der SAS im Februar verfällt, und dass die Pensionsfrage höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den neuen Vertrag wieder aufgenommen wird.

U.S.A.
Bordingenieure streiken um
höhere Löhne

(ITF) Am 9. Januar begannen die Bordingenieure auf Kolbenflugzeugen und Düsenflugzeugen der Northwest Airlines einen Streik um höhere Bezahlung. Ausserdem

protestieren die Bordingenieure (Mitglieder der der ITF angeschlossenen Maschinistenvereinigung (IAM) gegen die Pläne der Fluggesellschaft, dass sie sich als Piloten qualifizieren sollten.

Piloten unterstützen Tonband-
geräte für Flugzeuge

(ITF) Die amerikanische Vereinigung der Piloten (ALPA) begrüsst die Pläne der Bundes-Luftfahrts-

stelle, auf die Einrichtung von Aufnahmegegeräten für Flugzeuggeräusche auf allen Flugzeugen zu dringen, durch die Untersuchungen bei Unfällen erleichtert werden. ALPAs Präsident, Clarence Sayen, erinnerte daran, dass die kürzliche Konvention seiner Gewerkschaft Empfehlungen angenommen hatte, die auf den Gebrauch von Aufnahmegegeräten für Ton- und Flugdaten drangen, "um die Ursachen von Unfällen besser feststellen zu können".

Neuer Pan-American-TWU-Vertrag

(ITF) Die Zivilluftfahrtsabteilung des der ITF angeschlosse-

nen amerikanischen Transportarbeiterverbandes hat für Bodenpersonal Flugstowards und Purser, die bei den Pan American World Airways angestellt sind, einen neuen Vertrag ausgehandelt.

Gemäss dem neuen Vertrag, gültig ab 1. Dezember 1960 für 18 Monate, erhalten Instandhaltungsarbeiter 5 % Lohnerhöhung; die neuen Stundenlöhne sind wie folgt: Inspektor - \$3.34; Mechaniker - \$3.13; Helfer - \$ 2.54; Chauffeur - \$2.38; Reinigungspersonal - \$ 2.29.

Flugdienstpersonal erhält eine Erhöhung von ungefähr 7 %. Zusätzlich zu diesen Lohnerhöhungen sieht der Vertrag Erhöhung für lange Beschäftigungszeit von 1 Cent bis 10 Cents pro Stunde für alle Arbeitnehmer vor, sowie verbesserte Ferienregelung.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Fair Practices-Ausschuss	Antwerpen	- 25. Jan. 1961
Sektionskonferenz der Seeleute	Antwerpen	- 26.-27. Jan. 1961
Sektionskonferenz für Zivilluftfahrt	Stockholm	- 1.-2. Februar 1961
Konferenz des Kabinenpersonals	Stockholm	- 3.-4. Februar 1961
Ausschuss für Hafnarbeiterfragen	Oslo	- 14.-16. März 1961
Sektionsausschuss für Strassentransport	London	- 25.-26. April 1961
Sektionsausschuss der Eisenbahner	Paris	- 12. September 1961
Sektionskonferenz der Eisenbahner	Paris	- 13.-16. Sept. 1961
Sektionsausschuss für Strassentransport	Wien	- 9. Oktober 1961
Sektionskonferenz für Strassentransport	Wien	- 10.-13. Okt. 1961

Anhang zum Pressebericht Nr. 2

ERWEITERTE SITZUNG DES AUSSCHUSSES DER EISENBÄHNERSEKTION DER ITF IN ATHEN VOM 9. - 13. JANUAR 1961

Vom 9. - 13. Januar fand am Sitz der griechischen Eisenbahnerföderation in Athen eine erweiterte Sitzung des Eisenbahnerausschusses statt. Mitglieder und Delegierte aus Oesterreich, Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Griechenland, Niederlande, Schweden und der Schweiz nahmen daran teil. Den Vorsitz führte Kollege R. Degris, Frankreich. (Der Sektionsvorsitzende Richard Freund konnte der Sitzung nicht beiwohnen, da er durch eine schwere Erkrankung seiner Frau zurückgehalten wurde. Während der Sitzung kam die Meldung über das Ableben von Frau Freund. Der Ausschuss entbot seinem Vorsitzenden telegrafisch sein tief empfundenes Beileid.)

Zu den Delegationen, die an der Teilnahme verhindert waren, zählte auch jene aus Belgien, wo die schwierige Streiklage eine Abwesenheit nicht zuließ. Die Sitzung stimmte einem Telegramm an den belgischen Eisenbahnerverband zu, worin sie diesem ihre Solidarität im Kampf um soziale Gerechtigkeit zum Ausdruck brachte.

Die Sitzung war vorwiegend damit beschäftigt, die geeigneten Vorbereitungen für die im Mai 1961 stattfindende Binnenverkehrskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation zu treffen. Diese Konferenz wird sich hauptsächlich mit Eisenbahnerfragen beschäftigen, wobei die allgemeinen Arbeitsbedingungen und die sozialen Konsequenzen der Modernisierung im Vordergrund stehen. Ein Bericht zu diesen Problemen, ausgearbeitet vom ITF-Sekretariat, bildete die Grundlage einer ausgiebigen Diskussion aller einschlägigen Probleme.

Ebenfalls behandelt wurde die Einführung der automatischen Kupplung, der Transport von radioaktiven Materialien und die Frage der Gewerkschaftsfreiheit und des Streikrechts für Eisenbahner. Zum ersten Male wurde auch das Projekt einer direkten Verkehrsverbindung zwischen Grossbritannien und dem europäischen Kontinent besprochen. Die Sitzung kam zum Schluss, dass ein Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal die zukünftige Entwicklung von Handel und Verkehr bedeutend stimulieren würde und dass mit der Wahl eines Eisenbahntunnels gleichzeitig die leistungsfähigste, billigste und wirtschaftlichste Lösung getroffen werden könne. Die Sitzung gab der Erwartung Ausdruck, dass einige dieser Probleme auch von anderen Sektionen der ITF behandelt werden würden.

Auf Einladung der französischen Kollegen wurde beschlossen, eine Internationale Eisenbahnerkonferenz der ITF vom 13. - 16. September 1961 in Paris durchzuführen.

Schliesslich wandte sich die Sitzung den Schwierigkeiten und Problemen zu, mit denen sich die griechische Eisenbahnerföderation seit Jahren zu befassen hat. Es handelt sich dabei um die oft antigewerkschaftliche Haltung griechischer Behörden dieser Organisation gegenüber und um die ausgesprochen einseitig für den Strassentransport eingenommene griechische Verkehrspolitik, die zu einer schweren Vernachlässigung der Eisenbahnen dieses Landes geführt hat. Eine Delegation der Sitzung wurde vom Vizeministerpräsidenten, Herrn P. Canellopoulos, und gleichentags auch vom Arbeitsminister, Herrn A. Dimitratos, empfangen. Die Delegation betonte auf diesen Audienzen neben den zwei bereits erwähnten Beschwerden

besonders die Tatsache, dass die griechische Regierung die 48-Stundenwoche noch immer nicht auf alle Eisenbahner anwendet, obwohl Griechenland vor über 40 Jahren die Konvention Nr. 1 der Internationalen Arbeitsorganisation über die 48-Stundenwoche ratifiziert hat.

Neben dem mündlichen Gedankenaustausch mit den griechischen Kollegen hatten die Sitzungsteilnehmer beim Besuch von zwei Eisenbahnwerkstätten in Piräus auch Gelegenheit, mit einigen Aspekten persönlich bekannt zu werden. Den Sitzungsteilnehmern dürfte von dieser Athener Konferenz nicht nur die Erinnerung erhalten bleiben, an einer arbeitsreichen Tagung teilgenommen zu haben. Dank der Liebenswürdigkeit und grosszügigen Gastfreundschaft der griechischen Eisenbahner und ihrer Gewerkschaft wird das Erlebnis der griechischen Naturschönheiten und der unmittelbare Kontakt mit den Denkmälern einer Jahrtausende umfassenden Kulturgeschichte immer in der Erinnerung weiterleben.